

V0094/25

Nachhaltige & vandalismussichere Beschattung sowie Sitzbänke im Pius Park Ingolstadt
-Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 06.02.2025-

Antrag:

Die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Pius Park entsprechend den wiederholten einstimmigen BZA-Anträgen eine kosteneffiziente, vandalismussichere und wartungsarme Beschattungslösung für Liege- und Aufenthaltsbereiche auf den Asphalt-Flächen (bspw. um den Wasserspielplatz herum) zu planen und umzusetzen.
2. Hierbei ist zu prüfen, ob eine Beschattung als „Pergola“ (bspw. mit Metallpfählern und einem engmaschigen Spannsystem aus Stahldrähten, die mit Rankepflanzen begrünt werden), Sonnensegel und/oder Bäume möglich ist.
3. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die vom BZA seit Jahren geforderten Sitzbänke im Pius Park umzusetzen.
4. Für die Maßnahmen sind seit mehreren Jahren Gelder des Bürgerhaushaltes reserviert und sollen nun für beide Maßnahmen verwendet werden.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	15.10.2025	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	22.10.2025	Entscheidung
Stadtrat	30.10.2025	Entscheidung

Stadtrat vom 30.10.2025

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0094/25 und der Antrag der Verwaltung V0551/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Schäuble erwähnt, dass gemäß der vorliegenden Verwaltungsvorlage für die Umgestaltung der Platzfläche am See Haushaltsmittel aus dem Bürgerhaushalt verwendet werden sollen. Er ist der Meinung, dass man für die Aufwertung des Piusparks nicht einfach Haushaltsmittel aus dem Bürgerhaushalt verwenden könne, wenn man den Einsatz solcher Mittel in Friedrichshofen aufgrund der Haushaltskonsolidierung einspare. Zwar halte er die Beschattung und die Begrünung mit Bäumen im Piuspark für sinnvoll, aufgrund der Finanzierung des Projekts über den Bürgerhaushalt bittet er allerdings darum, den vorliegenden Antrag nicht weiterzuverfolgen.

Stadtrat Wöhrle möchte in Erfahrung bringen, wie weit man bei den Baumpflanzungen im Piuspark bereits sei. Des Weiteren weist er darauf hin, dass man den Bezirksausschuss Nordwest bezüglich der geforderten Lärm- und Sichtschutzwand am Nordfriedhof über Jahre hinweg immer wieder vertröstet habe. Nun hätten die Umstände dazu geführt, dass man die

entsprechenden Finanzmittel des Bezirksausschuss Nordwest aus dem Bürgerhaushalt nicht sinnvoll einsetzen können. Stadtrat Wöhrl erklärt, dass es sich beim Piuspark um eine Parkanlage handle, die noch sehr viele Betonflächen aufweise. Der CSU-Stadtratsfraktion sei bewusst, dass die Aufwertung des Piusparks sehr viel Geld koste. Nichtsdestotrotz könnte man nun die Chance ergreifen und die Situation im Piuspark ändern. Sofern die anderen Stadtratsfraktionen und -gruppierungen der Aufwertung des Piusparks aufgrund der Finanzierungssituation nicht zustimmen könnten, könne man noch einmal einen Kompromiss in dieser Sache suchen, erwähnt Stadtrat Wöhrl.

Frau Wittmann-Brand teilt mit, dass man bei den in der vorliegenden Verwaltungsvorlage aufgeführten Baumpflanzungen unterscheiden müsse. Zum einen sollen im Herbst 2025 vom Gartenamt weitere 18 Großbäume über das gesamte Gelände des Piusparks verteilt gepflanzt werden. Diese Maßnahme laufe unabhängig von der vorliegenden Beschlussvorlage. Für die in der Verwaltungsvorlage ausgewiesenen 170.000 Euro aus dem Bürgerhaushalt seien 10 Bäume inklusive Entsiegelungsmaßnahmen auf den Platzflächen am See geplant. Für diese Maßnahme seien die entsprechenden Bäume noch nicht bestellt worden, so Frau Wittmann-Brand. Des Weiteren habe die Stadtverwaltung für die vorliegend vorgeschlagene Umgestaltung der Platzflächen an den Wassergärten Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 Euro in den städtischen Haushalt eingestellt. Als Kompromissvorschlag könnte man die Haushaltsmittel in Höhe von 170.000 Euro aus dem Bürgerhaushalt für die Aufwertung des Piusparks verplanen und die 60.000 Euro aus dem städtischen Haushalt zurückstellen. Dies würde allerdings bedeuten, dass die Begrünung der Platzflächen an den Wassergärten nicht umgesetzt werden könnte. Die schlechteste Lösung sei es, wenn man hinsichtlich der Aufwertung des Piusparks nichts unternehmen würde. Entsprechend der damaligen Planungen zur Landesgartenschau 2020 existieren im Piuspark stark versiegelte Flächen, die sich im Sommer erhitzen. Von daher wäre es sinnvoll, wenn man für eine Beschattung der jeweiligen Aufenthaltsflächen sorgen könnte. Frau Wittmann-Brand fügt an, dass man versuchen würde, einen Großteil der in der vorliegenden Verwaltungsvorlage vorgeschlagenen Maßnahmen in Eigenleistung durch das Gartenamt umzusetzen.

Stadtrat Köstler führt aus, dass die Pflanzung von Bäumen, um das Stadtklima zu verbessern, selbstverständlich lobenswert sei. Jedoch handle es sich bei den Kosten in Höhe von rund 17.000 Euro pro Baum inklusive Entsiegelungsmaßnahme um einen unakzeptablen Preis. Sofern man keine billigere Lösung finde, könnte man deshalb der vorliegenden Maßnahme so nicht zustimmen, erklärt Stadtrat Köstler.

Frau Wittmann-Brand erläutert, dass man für die vorliegenden Maßnahmen die Kosten zu Grunde gelegt habe, die bei vergleichbaren Baumpflanzungen im Altstadtbereich angefallen seien. Insofern handle es sich bei den in der vorliegenden Beschlussvorlage ausgewiesenen Kosten um einen Kostenansatz pro Baum. Zum jetzigen Zeitpunkt könne man hierzu noch keine detaillierten Zahlen nennen, da man noch nicht wissen würde, wie anspruchsvoll sich die Entsiegelungen und Baumpflanzungen tatsächlich darstellen werden. Wenn die Baumpflanzungen kostengünstiger vorgenommen werden könnten, würde dies die Stadtverwaltung selbstverständlich umsetzen, betont Frau Wittmann-Brand.

Stadtrat Köstler schlägt vor, für die Ermittlung der tatsächlichen Kosten pro Baum zunächst zwei bis drei Baumpflanzungen vorzunehmen. Danach könnte der Stadtrat anhand der konkreten Kosten über die restlichen Baumpflanzungen entscheiden.

Da der Piuspark von der Bevölkerung sehr gut angenommen werde, wäre es schade, wenn man hinsichtlich der Aufwertung dieser Parkanlage nichts unternehmen würde, teilt Stadtrat Deiser mit. Von daher findet er den von Frau Wittmann-Brand vorgetragenen Kompromissvorschlag sympathisch. Insofern bittet Stadtrat Deiser darum, zunächst über die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung und danach über den von der Stadtbaurätin vorgetragenen Kompromissvorschlag abstimmen zu lassen.

Stadtrat Semle merkt an, dass direkt neben dem Piuspark derzeit ein sehr dichtes Stadtviertel gebaut werde. Wenn man nun darauf achte, die Bäume frühzeitig zu pflanzen, damit sie zur Fertigstellung des Stadtviertels bereits etwas größer seien, um so die Aufenthaltsqualität um den See und die Anlagen herum zu steigern, erachte Stadtrat Semle diese Maßnahme als absolut konstruktiv. Von daher plädiert er dafür, der Verwaltungsvorlage in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Stadtrat Schäuble betont, dass man den Einsatz von Finanzmitteln aus dem Bürgerhaushalt für die Aussegnungshalle in Friedrichshofen nicht ablehnen und gleichzeitig die Verwendung von Geldern aus dem Bürgerhaushalt für die Aufwertung des Piusparks befürworten könne. Zumal die Ablehnung der Verwendung von Finanzmitteln aus dem Bürgerhaushalt für die Aussegnungshalle in Friedrichshofen damit begründet worden sei, dass es sich bei der geforderten Maßnahme um eine freiwillige Aufgabe handle, die nicht unabweisbar sei. Seiner Ansicht nach müsse die Stadt Ingolstadt konsistent gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erklären können, an welchen Stellen man aufgrund der aktuellen Haushaltslage Einsparungen treffe. Deshalb kann es Stadtrat Schäuble nicht nachvollziehen, wenn man dann hier eine solche Rosinenpickerei betreibe.

Oberbürgermeister Dr. Kern führt aus, dass im nordwestlichen Stadtgebiet bereits sehr viele Menschen wohnen. Aufgrund der großen Baumaßnahmen würden in diesem Stadtgebiet künftig noch mehr Leute wohnen. Der bisherigen Diskussion habe man entnehmen können, dass man durch die Aufwertung des Piusparks die Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung im nordwestlichen Stadtgebiet verbessern könnte.

Stadtrat De Lapuente teilt mit, dass die angegebenen Kosten für den Umbau der Platzflächen inklusive Baumpflanzungen in Höhe von 170.000 Euro auch der SPD-Stadtratsfraktion deutlich zu hoch seien. Allerdings wäre man in dieser Frage kompromissbereit, wenn man beispielsweise zunächst weniger Bäume pflanze und anhand dieser eine konkrete Kostenermittlung durchführe. Des Weiteren hinke die Verwendung von Finanzmitteln aus dem Bürgerhaushalt für die Aufwertung des Piusparks natürlich im Vergleich zur Aussegnungshalle in Friedrichshofen. Wenn man allerdings die Summe der Gesamtkosten deutlich reduzieren könnte, sei die Maßnahme unter Umständen vertretbarer, so Stadtrat De Lapuente.

Frau Wittmann-Brand schildert, dass die im Bürgerhaushalt angesparten 170.000 Euro auf den Umbau der Platzflächen inklusive Baumpflanzungen im Bereich der Seeterrasse übertragen worden seien. Dabei sei die Übertragung dieser Finanzmittel nicht über das Referat für Stadtentwicklung und Baurecht gelaufen. Die Aufgabe für das Referat VII habe lediglich darin bestanden, ein Beschattungskonzept für den Piuspark zu erstellen.

Stadtrat Dr. Lösel erläutert, dass die in der vorliegenden Beschlussvorlage aufgeführten 170.000 Euro aus einer Zeit stammen, in denen viele verschiedene Projekte vom Bezirksausschuss Nordwest angespart, aber nicht realisiert werden konnten. Angesichts dessen haben sich im Bezirksausschuss Nordwest sämtliche Parteien sehr deutlich für die Baumpflanzungen im Piuspark ausgesprochen, nachdem über verschiedene Jahre hinweg andere Projekte immer wieder abgelehnt worden seien. Insofern bestehe sowohl im Bezirksausschuss Nordwest als auch in der dort lebenden Bevölkerung ein hoher Wunsch nach einer Aufwertung des Piusparks. Stadtrat Dr. Lösel schildert, dass es sich beim Nordwesten der Stadt bereits um den am dichtesten besiedelten Stadtteil von Ingolstadt handle. Durch die derzeit in Bau befindlichen Gebäude an der Stinnesstraße werde die Besiedlungsdichte in diesem Stadtteil noch einmal deutlich zunehmen. Hinsichtlich der Frage, weshalb im Piuspark so viele Asphaltflächen vorhanden seien, führt Stadtrat Dr. Lösel aus, dass man hierbei zwischen dem Durchführungs- und dem Dauerkonzept der Landesgartenschau unterscheiden müsse. Dem damaligen Stadtrat sei bewusst gewesen, dass nach der Landesgartenschau 2020 noch leichte Anpassungen am Gelände vorgenommen werden müssen. Nun habe der Bezirksausschuss Nordwest seine Gelder aus

dem Bürgerhaushalt zur Verfügung gestellt und ermögliche damit, dass die Anpassungen, die man als Stadtrat damals zugesagt habe, vorgenommen werden können.

Stadtrat Dr. Lösel teilt mit, dass er die Anzahl der zu pflanzenden Bäume nicht pauschal reduzieren würde, da das Referat VII ein zusammenhängendes Konzept für die Baumpflanzungen erstellt habe. Wenn nun der Stadtrat beschließen würde, dass man nur die Hälfte der Bäume pflanzen solle, dann könnte das Resultat der Baumpflanzungen wie ein Fleckenteppich aussehen. Deshalb schlägt Stadtrat Dr. Lösel vor, stattdessen etwas kleiner Bäume zu pflanzen und die ursprünglich geplante Anzahl der Baumstandorte beizubehalten.

Herr Stumpf führt aus, dass der Stadtrat im Juni 2025 in der ersten Konsolidierungsrunde über die Maßnahmen des Bürgerhaushalts entschieden habe. Hierbei habe die Stadtverwaltung dem Stadtrat vorgeschlagen, die Maßnahmen fortzuführen, bei denen bereits eine rechtliche Verpflichtung eingegangen worden sei oder die bereits begonnen wurden. Für die Maßnahmen des Bürgerhaushalts, bei denen dies noch nicht der Fall gewesen sei, habe man eine Aussetzung vorgeschlagen. In der damaligen Sitzung habe der Stadtrat konkret beschlossen, dass für die Lärm- und Sichtschutzwand am Nordfriedhof Finanzmittel aus dem Bürgerhaushalt verwendet werden dürfen. Bei der Aussegnungshalle in Friedrichshofen habe der Stadtrat die Verwendung von Geldern aus dem Bürgerhaushalt abgelehnt. Herr Stumpf weist darauf hin, dass diese beiden Beschlüsse damals einstimmig vom Stadtrat gefasst worden seien.

Stadtrat Dr. Böhm erwähnt, dass für ihn als Friedrichshofener einerseits die Aussetzung der Aussegnungshalle in Friedrichshofen schmerze. Andererseits habe er allerdings selbst den Antrag gestellt, dass man im Piuspark mehr Beschattung benötige. Von daher könnte sich Stadtrat Dr. Böhm den Kompromissvorschlag von Stadtrat Dr. Lösel vorstellen, bei dem zunächst kleinere Bäume im Piuspark gepflanzt werden sollen. Kleiner Bäume hätten den Vorteil, dass sie deutlich kostengünstiger kämen und man trotzdem viel mehr davon pflanzen könnte. Allerdings müsste man bei diesem Kompromissvorschlag etwas mehr Geduld mitbringen, bis die Bäume dann den gewünschten Effekt bringen.

Stadtrat Grob möchte daran erinnern, dass man im Norden der Stadt eine Pumptrack-Anlage plane. Hierbei versuche man eine entsprechende Finanzierung dieses Projekts über die BayernHeim GmbH aus dem Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr zu erhalten. Sofern dies gelinge, würde sich die Stadt Ingolstadt eine größere Menge an Geld für dieses Projekt sparen. Stadtrat Grob betont, dass diese Pumptrack-Anlage die Aufenthalts- und Wohnqualität im Nordwesten und im Nordosten der Stadt steigern solle. Deshalb bittet er um Zustimmung zu den vorgeschlagenen Beschattungsmaßnahmen im Piuspark. Die Beschattung sei notwendig, damit die Bürgerinnen und Bürger im äußerst dichtbesiedelten Nordwesten der Stadt auch eine entsprechende Aufenthaltsqualität im Piuspark haben.

Zwar mögen die Aussagen von Herrn Stumpf zur Aussegnungshalle in Friedrichshofen stimmen, allerdings müsste man dies dem Bezirksausschuss Friedrichshofen mitteilen, erwähnt Stadtrat Niedermeier. Des Weiteren fragt er sich, woher die in der vorliegenden Beschlussvorlage ausgewiesenen Finanzmittel aus dem Bürgerhaushalt in Höhe von 170.000 Euro stammen. Stadtrat Niedermeier könne sich daran erinnern, dass der Bezirksausschuss Nordwest vor Jahren Gelder angespart habe, um für einen größeren Betrag eine Lärm- und Sichtschutzwand am Nordfriedhof errichten zu können. Im Laufe der Zeit habe sich allerdings herausgestellt, dass die Errichtung einer solchen Lärm- und Sichtschutzwand am Nordfriedhof unzulässig sei. Angesichts dessen fragt sich Stadtrat Niedermeier, ob das vom Bezirksausschuss Nordwest angesparte Geld noch vorhanden und warum es dann bei der ersten Konsolidierungsrunde nicht eingespart worden sei.

Herr Stumpf erklärt, dass die Stadtverwaltung dem Stadtrat in einem offenen Verfahren entsprechende Listen inklusive Begründungen zu den einzelnen Maßnahmen des

Bürgerhaushalts zur Beschlussfassung vorgelegt habe. Des Weiteren habe man die Bezirksausschüsse im Nachgang zur Stadtratssitzung am 03.06.2025 über den Beschluss des Stadtrates zum Bürgerhaushalt detailliert informiert.

Stadtrat Niedermeier merkt zur vorgeschlagenen Entsiegelung der Platzflächen im Bereich der Seeterrasse noch an, dass man dort nicht unbedingt Bäume pflanzen müsse. Heutzutage gebe es so viele andere Möglichkeiten, Beschattungsmaßnahmen zu ergreifen. Insofern sei man nicht gezwungen, diese Flächen zu entsiegeln und dort größere Bäume zu pflanzen.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist darauf hin, dass bauliche Beschattungselemente im Piuspark bei der Bevölkerung nicht so gut angekommen seien.

Stadträtin Leininger ist der Ansicht, dass es hierbei auch um die Frage eines Vertrauensschutzes gehe. Der Bezirksausschuss Nordwest habe in den vergangenen Jahren entsprechende Gelder für die Errichtung einer Lärm- und Sichtschutzwand am Nordfriedhof angespart. Nachdem sich die Errichtung einer solchen Wand als unzulässig herausgestellt habe, könnte man die angesparten Finanzmittel nun für die überaus sinnvolle Aufwertung des Piusparks verwenden. Stadträtin Leininger erwähnt, dass in der bisherigen Diskussion des Öfteren die Pflanzung von kleineren Bäumen als Kompromiss vorgeschlagen worden sei. Zwar würden kleiner Bäume etwas besser anwachsen, allerdings gebe es wahrscheinlich auch eine Idealgröße, bei der ein gutes Anwachsen eines Baums gewährleistet sei. Andererseits findet es Stadträtin Leininger schwierig, wenn man nun kleiner Bäume im Piuspark pflanze und die Bevölkerung einfach um Geduld bittet, bis diese Baumpflanzungen den gewünschten Effekt bringen.

Frau Wittmann-Brand führt aus, dass die Stadtverwaltung bei den Baumpflanzungen mit dem üblichen Stammumfang von 25 bis 35 cm geplant habe. Für den Umbau der Platzflächen im Bereich der Seeterrassen würden nun die 170.000 Euro aus dem Bürgerhaushalt zur Verfügung stehen. Insofern könne man dann schauen, wie viele Bäume man für dieses Geld an der Seeterrasse pflanzen könne. Für den Umbau im Bereich der Wassergärten seien im städtischen Haushalt 60.000 Euro eingestellt worden, über die man eventuell verhandeln könnte.

Oberbürgermeister Dr. Kern fasst zusammen, dass es sich bei der Aufwertung des Piusparks um eine Maßnahme handle, für die der Bezirksausschuss Nordwest im Grunde entsprechende Gelder angespart habe. Die Gesamtmaßnahme setze sich dabei aus dem Umbau der Platzflächen inklusive Baumpflanzungen im Bereich der Seeterrasse für 170.000 Euro und aus dem Umbau im Bereich der Wassergärten in Höhe von 60.000 Euro zusammen. Oberbürgermeister Dr. Kern teilt mit, dass er zunächst den Antrag der Verwaltung in der vorliegenden unveränderten Fassung zur Abstimmung stelle.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0551/25:

Gegen 15 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.